

## Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Finanzen (FB20) 0200.12	Drucksache 13272/13	Datum 31.10.2013	
<b>Mitteilung</b>	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen		
<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzung</b>		
	Tag	Ö	N
Finanz- und Personalausschuss	04.11.2013	X	

Überschrift, Sachverhalt

### **Neubau des Freizeit- und Erlebnisbades „Wasserwelt Braunschweig“ Bauzeitverlängerung und Kostenerhöhung**

Bislang wurde von einer Eröffnung des neuen Freizeit- und Erlebnisbades im Jahr 2013 ausgegangen; das Projektbudget belief sich auf 26,1 Mio. € (Drucks.-Nr. 11826/11).

Nach Mitteilung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH ergeben sich aktuell folgende Veränderungen:

#### 1. Bauzeitverlängerung

Nach dem jetzigen Erkenntnisstand wird sich die Eröffnung des Bades auf das Ende des 1. Quartals 2014 verschieben, während die Eröffnung des Fitnessstudios in der Wasserwelt bereits vorab im Januar 2014 geplant ist. Maßgeblich für die Bauverzögerungen sind insbesondere die mangelhafte Ausführung der Lüftungsleitungen im Erdreich, die zu einem Baustopp von 6 Monaten beim Rohbau und den Ausbaugewerken geführt hat, 16 Wochen Schlechtwetter durch eine extrem lange Frostperiode sowie die Insolvenz des Fassadenbauers. Zudem stellten drei Unternehmen ohne Begründung ihre Leistungen ein, sodass eine Kündigung seitens der Stadtbad GmbH erforderlich wurde und neue Firmen mit der Ausführung beauftragt werden mussten.

Diese Entwicklung ist eingetreten, obwohl die beteiligten Ingenieurbüros im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens die Sachkunde und Leistungsfähigkeit der anbietenden Firmen vor der Auftragsvergabe überprüft haben.

Beschleunigungsmaßnahmen sind nur in begrenztem Umfang möglich, da insbesondere bei den technischen Gewerken hohe Anforderungen im Hinblick auf die Ausführungsqualität bestehen.

Bis zur Eröffnung des Bades werden die zu schließenden Bäderstandorte (Badezentrum Gliersmarode sowie Hallenbäder Wenden und Nordbad) weiterbetrieben.

#### 2. Kostenerhöhungen

Das auf den Ratsbeschlüssen vom 27. Februar 2007 (Drucks.-Nr. 11006/07) und 8. Juli 2008 (Drucks.-Nr. 11985/08) basierende Projektbudget betrug 21,9 Mio. €. Das Bürgerbegehren verzögerte den Baubeginn des Bades.

Durch Materialpreis- und Lohnkostensteigerungen ergaben sich im Folgenden Mehrkosten von rd. 3,4 Mio. €. Unter Berücksichtigung der vom Aufsichtsrat beschlossenen Maßnahmen zur Energieeinsparung (0,8 Mio. €) beliefen sich die ermittelten Gesamtkosten - Stand März 2009 - auf rd. 26,1 Mio. €.

Die durchgeführte Generalunternehmerausschreibung führte zu keinem akzeptablen Ergebnis, sodass sie im März 2010 aufgehoben wurde. Aufgrund der anschließenden Rechtsstreitigkeiten im Rahmen der Vergabenachprüfung verzögerte sich der Baubeginn bis zum August 2011.

Durch die erforderliche Überarbeitung der Vergabeunterlagen im Hinblick auf das neue Ausschreibungsverfahren nach Einzelgewerken bzw. Vergabepaketen, die zu berücksichtigenden Planungsanpassungen und -fortschreibungen sowie Rechtsberatungskosten im Rahmen der anwaltlichen Begleitung erhöhte sich das Projektbudget vor Beginn des neuen Ausschreibungsverfahrens im November 2012 um 2,3 Mio. € auf 28,4 Mio. €.

Der Aufsichtsrat der Stadtbad GmbH wurde am 19. November 2012 über die Kostensituation beim Bau des Freizeit- und Erlebnisbades informiert, zudem wurde auf dessen Wunsch am gleichen Tage eine Pressemitteilung herausgegeben. Am 20. November 2012 berichtete die Braunschweiger Zeitung unter Darlegung der Gründe, die zu den Mehrkosten geführt haben, über das höhere Projektbudget.

In der Folgezeit entsprachen die Ausschreibungsergebnisse zunächst dem geplanten Kostenverlauf. Ab Februar 2013 ergaben sich jedoch bei den Submissionen Abweichungen von rd. 0,7 Mio. € gegenüber den Kostenberechnungen. Hierbei handelte es sich insbesondere um die Außenanlagen, die Saunabereiche sowie die Fliesenarbeiten der Badehalle. Weiterhin führte die fortgeschriebene Ausführungsplanung zu einem Mehrbedarf von rd. 0,8 Mio. €, sodass sich aktuell Gesamtkosten von rd. 30,0 Mio. € ergeben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mehrere Regressverfahren gegen Handwerker laufen, die die Gesamtkosten reduzieren können.

Ein neuer Ratsbeschluss ist nicht erforderlich, da das seinerzeit beschlossene Konzept zur Errichtung des Freizeit- und Erlebnisbades unverändert geblieben ist.

I. V.

gez.

Stegemann